



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND VERWALTUNG

am Dienstag, 25.03.2014, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 GARTEN EDEN
Projekt 2014 und aktueller Stand der
KulturRegion Stuttgart
- Mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Zum Bericht über das Projekt „Garten Eden“ sowie den aktuellen Stand der KulturRegion Stuttgart begrüßt OBM **Spec** Frau **Richert** (FB Kunst und Kultur) und Frau **Hayes**, Geschäftsführerin der KulturRegion Stuttgart.

Einleitend gibt Frau **Richert** einen kurzen Rückblick auf die Entstehung der KulturRegion Stuttgart, deren Ausgangspunkt die Kulturkommission gewesen sei, die sich 1987 innerhalb der Arbeitsgemeinschaft Olympia-Bewerbung Raum Stuttgart formiert habe. Dem von damals 19 Kommunen gegründeten Verein Interkommunale Kulturförderung Region Stuttgart e.V. sei eine langjährige interkommunale Kooperation in der KulturRegion Stuttgart mit erfolgreichen Projekten gefolgt.

Den sich anschließenden Strategieprozess zur Neuausrichtung sowie die aktuellen Ziele veranschaulicht Frau **Hayes** anhand einer Präsentation. Demnach entwickle die KulturRegion Stuttgart gemeinsam mit ihren zwischenzeitlich 40 Mitgliedskommunen, dem Verband Region Stuttgart und drei Mitgliedsvereinen Kulturprojekte und präge damit das kulturelle Erscheinungsbild der Region. Ziel sei dabei sowohl die Förderung der kulturellen Identifikation der Bewohner mit ihrer Region als auch die Schaffung von Anreizen für die Bevölkerung, andere Kommunen in der Region entdecken zu wollen. Gleichzeitig solle durch die Kulturprojekte erreicht werden, dass auch Interessierte von außerhalb den Weg in die Region fänden. Sie berichtet über die Erfolgsfaktoren der KulturRegion Stuttgart sowie über deren Zielgruppen. Als eine Schnittmenge der bis 2016 geltenden Leitthemen Glaube, Erfindergeist und Architektur habe sich für 2014 das Projekt „Garten Eden“ herauskristallisiert.

Weiter präsentiert Frau **Richert** die insgesamt 17 Veranstaltungen und Aktionen, die unter dem Motto „Garten Eden – Was ist deine Vorstellung vom Paradies“ speziell in Ludwigsburg stattfänden. Darüber hinaus benennt sie die Kooperationspartner und gibt einen Überblick über die Kosten des Projekts und deren Finanzierung, die sowohl über den städtischen Haushalt 2014 sowie über Drittmittel erfolge.

OBM **Spec** bedankt sich für das Engagement aller Beteiligten. Nach einer schwierigen Phase sei es äußerst erfreulich, die positive Aufbruchstimmung bei den Verantwortlichen der KulturRegion Stuttgart so deutlich zu spüren. Er freue sich darüber, dass Ludwigsburg dabei ein fester Bestandteil sei.

Im Namen ihrer Fraktion bedankt sich Stadträtin **Kreiser** bei allen Beteiligten. Sie sei außerordentlich dankbar, dass die von ihr als Dornröschen Schlaf bezeichnete Phase überwunden werden konnte. Die KulturRegion sei parallel zum Verband Region Stuttgart gegründet worden und was daraus entstanden sei, wäre sehr positiv. Ihr gefalle, dass dabei auch ehrenamtlich Tätige ihren Platz fänden. Insgesamt sei ihre Fraktion der Meinung, dass ein guter Weg gefunden worden sei, so dass man sich nun gemeinsam auf einen spannenden Sommer mit der KulturRegion freue.

Dieser Freude schließe sich auch seine Fraktion an, so Stadtrat **Juranek**. In diesem Zusammenhang wolle er noch einmal an die Triennale erinnern, die unbedingt noch einmal veranstaltet werden müsse. Ludwigsburg verfüge über tolle Locations, die hierfür genutzt und in Szene gesetzt werden könnten.

Stadtrat **Weiss** sagt die Unterstützung seiner Fraktion zu. Das Engagement der Beteiligten und das Projekt bezeichnet er als ganz toll. Besonders gefalle, dass die Zugwiesen nicht zur Partymeile dadurch würden.

Stadtrat **Dr. Vierling** weist auf die besondere Bedeutung der regionalen Identität hin. Seine Fraktion finde den Ansatz daher sehr gut, Das Interesse, an dem, was in der KulturRegion passiere und was getan werde, sei sehr groß. Wichtig sei es, eine Verbindung zu schaffen, zwischen Kultur und Natur. Die Verantwortlichen zolle er großen Respekt und wünsche „Glück auf“.

Sehr beeindruckt zeigt sich auch Stadtrat **Müller**. Der Bericht mache Lust auf die Projekte der nächsten drei Jahre. Im Namen seiner Fraktion wünsche er viel Glück und Erfolg sowie viele Besucher und Bürger die sich beteiligten.

Abschließend bedankt sich OBM **Spec** bei Frau Hayes und Frau Richert für den Bericht.

TOP 2

Neubesetzung des Integrationsbeirats ab der
Wahlperiode 2014 ff: Änderung bei den
sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 089/14

Beschlussempfehlung:

Die Anzahl der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner, die im künftigen Integrationsbeirat vertreten sind, wird um zwei Personen auf sieben Personen erhöht und damit um die Bereiche „Wirtschaft und Arbeit“ und „Neuzuwanderung“ erweitert.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die Vorl. Nr. 089/14 und begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau **Müller** und Herrn **Henning** (FB Bürgerschaftliches Engagement). Herr Henning erläutert die Vorlage und informiert über die derzeitige Zusammensetzung des Integrationsbeirates. Aufgrund der innerhalb dieses Gremiums stattgefundenen Diskussion werde empfohlen, den Integrationsbeirat um zwei Personen zu erhöhen, damit darin auch die Bereich „Wirtschaft und Arbeit“ sowie „Neuzuwanderung“ vertreten seien.

EBM **Seigfried** ergänzt hierzu, dass es im Geschäftsbereich des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales verschiedene Beiräte gebe und sich der Integrationsbeirat besonders bewährt habe. Mit der Herstellung gesellschaftlicher Netzwerke erfülle er eine wichtige Aufgabe. Die Veränderung in der Zusammensetzung werde vorgeschlagen, um diesem Gremium das notwendige, neue Input zu geben.

Stadtrat **Kromer** erklärt, dass nach Ansicht seiner Fraktion die Erweiterung des Integrationsbeirates fast schon überfällig sei, da sie der gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung trage. Entscheidend sei es jedoch, die zusätzlichen Stellen auch mit den richtigen Personen zu besetzen.

Für seine Fraktion sei es unzweifelhaft, dass die Erweiterung um die angesprochenen Themenbereiche richtig sei, betont Stadtrat **Dr. Bohn**. Allerdings stelle sich die Frage, ob aufgrund des personellen Problems die Ausweitung des Gremiums die richtige Entscheidung sei. Stattdessen sei zu überlegen, ob nicht auf andere, weniger aktuelle Themenfelder verzichtet werden könne oder ob Kombinationen denkbar seien. Grundsätzlich trage seine Fraktion den Beschlussvorschlag jedoch mit.

Seine Fraktion könne dem Vorschlag ebenfalls folgen, so Stadtrat **Weiss**. Schließlich handle es sich um wichtige Themenkomplexe, die unbedingt auch vertreten sein sollten.

Die Ergänzung sei sinnvoll, bemerkt Stadtrat **Dr. Vierling**. Seine Fraktion werde dem Beschluss daher ebenfalls zustimmen. Weiter regt er an, im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales regelmäßig über die Arbeit des Integrationsbeirates zu informieren.

Stadtrat **Müller** bezeichnet es als sehr gut, dass der Themenkomplex „Wirtschaft“ aufgenommen werde. Für seine Fraktion sei dabei eine Verknüpfung mit anderen Themen ebenso denkbar wie der Erweiterung des Gremiums. Er gehe ohnehin davon aus, dass der Vorschlag im Vorfeld im Integrationsbeirat diskutiert worden sei. Interessant wäre für ihn zu wissen, wie die Auswahl der Mitwirkenden bei der Beteiligung junger Menschen aussehen könne.

Die fachliche Begründung für die Erweiterung hält Stadtrat **Kemmerle** für nachvollziehbar. Weniger jedoch die Festlegung der Themenbereiche, bei denen er sich nicht sicher sei, ob sie noch der aktuellen und tatsächlichen Situation entsprächen. Trotzdem werde er der Vorlage zustimmen.

Abschließend erkundigt sich Stadträtin **Haberzeth-Grau**, wer die zusätzlichen Personen vorschlage.

Zur Beantwortung der Fragen informiert EBM **Seigfried** über die Vorberatung im Integrationsbeirat, bei der durchaus überlegt worden sei, Themenfelder zusammen zu fassen oder zu verändern. Allerdings habe man sich dagegen entschieden. Zwar sei zum Beispiel das Thema der Spätaussiedler nicht mehr ganz so aktuell aber im Sinne einer Willkommenskultur solle darauf trotzdem nicht verzichtet werden. Zur personellen Situation merkt er an, dass die Besetzung des Beirates kein Problem darstelle. Vorschläge seien von allen Seiten denkbar und man könne dabei auf ein gut funktionierendes Netzwerk zurückgreifen. Gerne nehme er die Anregung auf, künftig

regelmäßig im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales zu informieren. Bisher sei er davon ausgegangen, dass dies durch die im Integrationsbeirat vertretenen Mitglieder des Gemeinderates erfolge.

Frau **Müller** schildert die unterschiedlichen Möglichkeiten der Einbeziehung der Jugendlichen, die entweder direkt angesprochen werden sollen oder zu denen der Kontakt über das bereits bestehende Netzwerk, Partner und entsprechende Fachkräfte aufgebaut werden solle.

Zu der Anregung von Stadtrat **Dr. Bohn**, verstärkt darauf zu achten, dass die Mitglieder des Integrationsbeirates Ludwigsburger Bürger seien, merkt EBM **Seigfried** an, dass es sich in der Regel um sachkundige Einwohner handle. Unter Umständen könne es jedoch auch der Vertreter eines Vereins sein, der selbst nicht in Ludwigsburg wohne.

Abschließend lässt OBM **Spec** den entsprechenden Empfehlungsbeschluss fassen.

TOP 3

Neufassung der Satzung über die Erhebung der Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung) (Vorberatung)

Vorl.Nr. 033/14

Beschlussempfehlung:

Die Satzung über die Erhebung der Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung) wird in der vorgelegten Neufassung beschlossen. Die Erwägungen der Verwaltung werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) erläutert die Vorl. Nr. 033/14 und geht dabei auf die Entwicklung der kommunalen Aufwandsteuer in den letzten Jahren sowie auf die neu aufzunehmenden Steuertatbestände ein. Er räumt ein, dass die Vergnügungssteuer sehr umstritten sei. Deshalb werde vorgeschlagen, die bisherigen Steuersätze beizubehalten und nur die Steuergegenstände entsprechend des § 2 des Satzungsentwurfes auf Wettbüros und sexuelle Dienstleistungen auszudehnen. Dabei stellt er klar, dass die Lenkungswirkung dieser Steuer eher gering sei. Dafür stünden den 30.000 Euro personellem Mehraufwand ca. 75.000 Euro Mehreinnahmen gegenüber. Abschließend betont er, dass sich die Satzungsänderung ausschließlich auf die Aufnahme der zusätzlichen Steuertatbestände beschränke.

Stadtrat **Dr. Schwytz** bedankt sich im Namen seiner Fraktion für die Darstellung der Entwicklung der Fallzahlen sowie der Steuereinnahmen. Nachdem von Seiten der Verwaltung auf die Probleme hingewiesen und im Vergleich zu anderen Städten die Grenzen eingehalten worden seien, könne seine Fraktion dem Vorhaben zustimmen. Dabei bliebe die tatsächliche Entwicklung der Einnahmesituation abzuwarten.

Zustimmung signalisiert auch Stadtrat **Griesmaier** für seine Fraktion. Er räumt ein, dass es sich um eine umstrittene Steuer handle, die im Zusammenhang mit sozialen Problemen stünde. Trotzdem handle es sich um eine kommunale Aufwandsteuer, von der die Kommune profitieren sollte.

Stadtrat **Weiss** hingegen bezweifelt, dass bei den zu erwartenden Mehrausgaben für Personal und Verwaltungsaufwand überhaupt noch ein Profit bei der Stadt verbleibe. Seine Fraktion wolle zunächst das Thema der globalen Minderaufwendungen diskutieren, bevor dieser Maßnahme zugestimmt werden könne.

Nachdem große Ausgaben anstünden sei es nach Ansicht von Stadtrat **Dr. Vierling** richtig, zusätzliche Einnahmemöglichkeiten zu nutzen. Der Flächenmaßstab sei als Grundlage für die Erhebung nachvollziehbar und die zunächst notwendigen höheren Personalkosten würden akzeptiert. Zumal davon ausgegangen werde, dass sich die Einnahme- Ausgabesituation später im positiven Sinne entwickeln werde.

Grundsätzlich begrüße Stadtrat **Müller** die in der Vorlage dargestellte Einnahmeentwicklung, An der Richtigkeit der Aufnahme weiterer Steuertatbestände und den damit verbundenen zusätzlichen Personalkosten zweifle er jedoch. Da die Lenkungswirkung fehle, sei die Steuer ausschließlich auf die Einnahmeerzielungsabsicht ausgerichtet sei. Dafür wiederum erreiche man jedoch eine relativ schlechte Aufwand- / Nutzen-Bilanz. Zudem habe man der Aufstockung des Kommunalen Ordnungsdienstes nicht zugestimmt, um nun die Vergnügungssteuer ausdehnen zu können. Nach Ansicht seiner Fraktion wäre es demnach insgesamt besser gewesen, stattdessen Vorschläge für Einsparpotenziale zu machen.

Herr **Kiedaisch** beantwortet nachfolgend die Fragen aus der Mitte des Gremiums. Dabei stellt er richtig, dass der Kommunale Ordnungsdienst nicht zur Eintreibung sondern lediglich zur Erfassung und Kontrolle eingesetzt werde. Eine Aufstockung sei dafür nicht erforderlich. Wohingegen die vorhandene Personalkapazität im Fachbereich Finanzen, Team Steuer, mit bisher 1 Stelle ohnehin zu gering sei und die Aufstockung um 0,5 Stellen eigentlich überfällig. Den zusätzlichen Sachaufwand schätze er eher gering ein. Grundsätzlich aber werde die Entwicklung beobachtet. Sollte der gewünschte Erfolg ausbleiben, könne die Ausweitung auch wieder rückgängig gemacht werden.

Bevor OBM **Spec** die Vorlage zur Abstimmung aufruft, gibt er bekannt, dass die mehrfach geforderten Einsparungsvorschläge ausgearbeitet wurden und im Gremium beraten würden.

TOP 4

Kostendeckende Gebühren bei städtischen
Dienstleistungen

Vorl.Nr. 093/14

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) erläutert die Vorl. Nr. 093/14 und legt die erreichten Kostendeckungsgrade einzelner Produktgruppen dar. Dabei geht er im Einzelnen auf die Kostendeckungsgrade beim Gutachterausschuss, den Baugenehmigungen und weiteren öffentlichen Einrichtungen außerhalb des Haushaltes ein. Außerdem zieht er den Vergleich zu der

Protokollauszug Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung 25.03.2014

Erreichung der Kostendeckungsgrade in anderen Städten und sagt zu, künftig regelmäßig über die Entwicklung in den verschiedenen Bereichen zu berichten.

Der Antrag seiner Fraktion sei damit erledigt, erklärt Stadtrat **Siegmund**. Ziel des Antrages sei es gewesen, die Initiative für die Überprüfung zu geben. Dies sei erfolgt und die Kostendeckungsgrade bzw. die Gebührensituation ausführlich dargelegt. Er begrüße, dass die Gebührenhöhe demnach regelmäßig überprüft werde und damit sprunghafte Erhöhungen vermieden werden könnten. Als sinnvoll erachte er daher auch den kommunalen Vergleich.

Stadtrat **Dr. Bohn** bezeichnet die Kostendeckungsgrade als ein Spiegelbild dessen, was politisch gewollt sei. Was ihn jedoch erstaune, sei der Abmangel im Bereich des Ludwigsburger Museums, der in dieser Vorlage Höhe dargestellt sei als bisher.

Für Stadtrat **Weiss** sei der Vergleich mit anderen Kommunen zwar eher fraglich, dafür stimme er der regelmäßigen internen Betrachtung aber unbedingt zu. Die Entwicklung sei interessant und müsse im Auge behalten werden.

Stadtrat **Dr. Vierling** bedankt sich für die aufschlussreiche Darstellung, die jedoch auch Fragen aufwerfe. So sei zum Beispiel der Kostendeckungsgrad beim Forum am Schlosspark geringer als der bisher ausgewiesene. Dem hingegen liege er im Bereich der Kindertagesstätten bei 25%, obwohl zuletzt wegen des geringen Grades von nur 18 % zu einer Erhöhung geraten worden sei. Dafür fehlten die Parkgebühren und die Gebühren für die Benutzung der Straßen durch PKW- und LKW-Fahrer seiner Ansicht nach ganz in der Aufstellung.

Gut sei, so Stadtrat **Müller** für seine Fraktion, dass mit dieser Vorlage jetzt eine gewisse Transparenz geschaffen werde. Er rege jedoch an, die Gebührenhöhen unbedingt immer im Gesamtkontext zu betrachten. Außerdem erkundigt er sich, ob bei den in der Vorlage dargestellten öffentlichen Einrichtungen auch sämtliche kalkulatorischen Kosten berücksichtigt und miteinberechnet wurden.

Diese Frage bejaht Herr **Kiedaisch**. Er nimmt weiter Bezug auf die abweichenden Kostendeckungsgrade im Bereich des Museums, die zurückzuführen seien auf die unterschiedlichen Wirtschaftsjahre, die jeweils zur Berechnung herangezogen worden seien. Die Unterschiede beim Forum ergäben sich dadurch, dass zuletzt die Auslastung des städtischen Kulturprogramms und in dieser Vorlage der komplette Betrieb des Forums einschließlich der Kapitalkosten betrachtet würden. Im Bereich der Kindergartenbeiträge seien bei dem jetzt angegebenen Kostendeckungsgrad die Landeszuschüsse berücksichtigt.

Mit dem Hinweis auf einen generationengerechten Haushalt betont OBM **Spec**, dass wegen der stetig steigenden Kosten im Bereich der Kinderbetreuung keinerlei Spielraum vorhanden sei.

TOP 4.1

- Antrag der CDU-Fraktion vom 20.11.2013

Vorl.Nr. 440/13

Beratungsverlauf:

Aufgrund der Darstellung von Herrn **Kiedaisch** (FB Finanzen) und den Erläuterungen der Vorl. Nr. 093/14 erklärt Stadtrat **Siegmund** den Antrag der CDU-Fraktion Vorl. Nr. 440/13 für erledigt.